

Brüssel, den 18. Januar 2019
(OR. en)

5498/19

PUBLIC 1
INF 9

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
SEPTEMBER 2018

Dieses Dokument enthält eine Aufstellung der vom Rat im September 2018 angenommenen Rechtsakte¹²³.

Es enthält Informationen zur Annahme von Gesetzgebungsakten, insbesondere:

- das Datum der Annahme,
- die entsprechende Tagung des Rates,
- die Nummer des angenommenen Dokuments,
- die Fundstelle im Amtsblatt,
- die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse und gegebenenfalls die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll.

¹ Zur besseren Übersicht sind die Kurztitel, wie sie in den Tagesordnungen des Rates erscheinen, ebenfalls angegeben (in *Kursivschrift*).

² Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

³ Nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassene Gesetzgebungsakte tragen möglicherweise ein Datum, das von dem Datum der Ratstagung, auf der sie angenommen wurden, abweicht, da sie erst dann als erlassen gelten, wenn sie vom Präsidenten des Rates und vom Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Ferner enthält es Informationen zur Annahme von Rechtsakten ohne Gesetzescharakter, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch zugänglich über die Website des Rates unter

[Monatliche Aufstellung der Rechtsakte des Rates \(Rechtsakte\) – Consilium.](#)

Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente eingesehen werden unter [Dokumente und Veröffentlichungen – Consilium.](#)

Dieses Dokument dient ausschließlich zur Information – maßgebend sind nur die Protokolle des Rates. Diese sind zugänglich über die Website des Rates unter [Ratsprotokolle – Consilium.](#)

INFORMATIONEN ZU DEN VOM RAT IM SEPTEMBER 2018 ANGENOMMENEN RECHTSAKTEN

Schriftliches Verfahren vom 4. September 2018

GESETZGEBUNGSAKTE

RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
Beschluss des Rates vom 4. September 2018 zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2019 ABl. C 314 vom 6.9.2018, S. 4-4	10826/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: Enthaltung
Beschluss des Rates vom 4. September 2018 zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 4 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2018 ABl. C 314 vom 6.9.2018, S. 3-3	10753/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss (EU) 2018/1505 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für Bulgarien, Griechenland, Litauen und Polen ABl. L 258 vom 15.10.2018, S. 3-4	10754/18

Schriftliche Verfahren vom 5. September 2018**GESETZGEBUNGSAKTE**

RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über die Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1077/2011, (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226 ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 1-71	21/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer: UK, IE, DK: keine Teilnahme

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments und des Rates

Die Betriebs- und Unterhaltskosten des ETIAS-Informationssystems, der ETIAS-Zentralstelle und der nationalen ETIAS-Stellen werden durch die Einnahmen aus den Gebühren vollständig gedeckt. Die Gebühren sollten daher je nach Erfordernis unter Berücksichtigung der Kosten angepasst werden. Dies schließt gemäß den Bestimmungen der ETIAS-Verordnung sowohl die Kosten ein, die den Mitgliedstaaten der EU entstehen, als auch diejenigen, die an der Schengen-Kooperation beteiligten Ländern in diesem Zusammenhang entstehen. Die Kosten im Zusammenhang mit der Entwicklung des ETIAS-Informationssystems, der Integration der bestehenden nationalen Grenzinfrastruktur und ihrer Anbindung an die einheitliche nationale Schnittstelle, dem Betrieb der einheitlichen nationalen Schnittstelle sowie der Einrichtung der ETIAS-Zentralstelle und der nationalen ETIAS-Stellen, einschließlich der Kosten, die den Mitgliedstaaten der EU und den an der Schengen-Kooperation beteiligten Ländern entstehen, gehen zulasten des Instruments für die finanzielle Unterstützung im Bereich Management der Außengrenzen und gemeinsame Visumpolitik bzw. der entsprechenden Nachfolger.

Daher sollten diese Kosten nicht in die Berechnung des Beitrags der an der Schengen-Kooperation beteiligten Länder zum ETIAS im Sinne des jeweiligen Assoziierungsabkommens und der einschlägigen besonderen Regelungen für die Beteiligung der an der Schengen-Kooperation beteiligten Länder an den Agenturen einfließen. Dies sollte insbesondere bei Verhandlungen über die Nachfolger des Instruments für die finanzielle Unterstützung im Bereich Management der Außengrenzen und gemeinsame Visumpolitik und die besonderen Regelungen für die Beteiligung der an der Schengen-Kooperation beteiligten Länder berücksichtigt werden.

Das Europäische Parlament und der Rat fordern die Kommission auf, umgehend nach der Annahme dieser Verordnung einen Vorschlag zu den besonderen Regelungen gemäß Artikel 95 dieser Verordnung vorzulegen.

Erklärung Belgiens, Deutschlands, Dänemarks und Schwedens zu Artikel 86 der Verordnung über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS)

Artikel 86 der ETIAS-Verordnung lautet wie folgt:

"Die mit dem ETIAS erzielten Einnahmen stellen interne zweckgebundene Einnahmen gemäß Artikel 21 Absatz 4 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 dar. Sie werden für die Deckung der Betriebs- und Instandhaltungskosten des ETIAS zugewiesen. Nach der Deckung dieser Kosten verbleibende Einnahmen werden dem Unionshaushalt zugewiesen."

Obgleich Belgien, Deutschland, Dänemark und Schweden die Möglichkeit anerkennen, Einnahmen im EU-Haushalt als interne zweckgebundene Einnahmen nach Artikel 21 Absatz 4 der Haushaltsordnung auszuweisen, möchten sie doch den besonderen Charakter der Vereinbarung hervorheben, wonach die mit dem ETIAS erzielten Gebühren als interne zweckgebundene Einnahmen im EU-Haushalt definiert werden, auch in Anbetracht der Tatsache, dass diese Gebühren Einnahmen für die Mitgliedstaaten hätten darstellen können.

Daher möchten Belgien, Deutschland, Dänemark und Schweden klarstellen, dass die geltende Vereinbarung als eine pragmatische Lösung für die Finanzierung der Betriebs- und Unterhaltskosten des ETIAS durch die erzielten Gebühren betrachtet werden sollte. Gleichzeitig sind Belgien, Deutschland, Dänemark und Schweden der Auffassung, dass die nach Deckung dieser Kosten verbleibenden Einnahmen dem EU-Haushalt nur in dem Sinne zugewiesen werden, dass sie die allgemeinen Einnahmen im EU-Haushalt erhöhen, und dass die Vereinbarung keinerlei Möglichkeit vorsieht, verbleibende Einnahmen für andere Ausgaben im EU-Haushalt zu nutzen. Belgien, Deutschland, Dänemark und Schweden ersuchen die Kommission, dies bei künftigen Haushaltsvorschlägen zu berücksichtigen.

Schließlich heben Belgien, Deutschland, Dänemark und Schweden hervor, dass die Einigung zu Artikel 86 der ETIAS-Verordnung in keiner Weise künftigen Beratungen über die Finanzierung des EU-Haushalts vorgreift, sowohl für sogenannte interne als auch externe Mittel, und erinnern alle Parteien daran, dass diese Beratungen in den Zuständigkeitsbereich des Rates fallen und Beschlüsse einstimmig von den Mitgliedstaaten gefasst werden.

Verordnung (EU) 2018/1241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/794 für die Zwecke der Einrichtung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS)
ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 72-73

22/18

Qualifizierte
Mehrheit

Zustimmung aller
Mitgliedstaaten außer:
UK, IE, DK: keine
Teilnahme

Schriftliches Verfahren vom 12. September 2018	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Beschluss (GASP) 2018/1237 des Rates vom 12. September 2018 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 231 vom 14.9.2018, S. 27-36	11292/18
Durchführungsverordnung (EU) 2018/1230 des Rates vom 12. September 2018 zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen ABl. L 231 vom 14.9.2018, S. 1-10	11294/18
Schriftliches Verfahren vom 13. September 2018	
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER	
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN
Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/1238 des Rates vom 13. September 2018 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 231 vom 14.9.2018, S. 37-38	11969/18
Durchführungsverordnung (EU) 2018/1231 des Rates vom 13. September 2018 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea ABl. L 231 vom 14.9.2018, S. 11-12	11973/18

3636. Tagung des Rates der Europäischen Union (Allgemeine Angelegenheiten) vom 18. September 2018 in Brüssel

GESETZGEBUNGSAKTE			
RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
<i>Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5/2018</i> Beschluss des Rates vom 18. September 2018 zur Festlegung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 5 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2018 ABl. C 335 vom 20.9.2018, S. 1-1	11767/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER			
RECHTSAKT	DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN		
<i>Beschluss des Rates zur Anerkennung der externen Rechnungsprüfer der Banka Slovenije</i> Beschluss (EU) 2018/1269 des Rates vom 18. September 2018 zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG über die externen Rechnungsprüfer der nationalen Zentralbanken hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banka Slovenije ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 86-86	11220/18		
<i>Beschluss über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF/2018/001 NL/Finanzdienstleistungen)</i> Beschluss (EU) 2018/1675 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung infolge eines Antrags der Niederlande – EGF/2018/001 NL/Finanzdienstleistungen ABl. L 284 vom 12.11.2018, S. 36-37	11780/18		
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Visumpolitik Norwegen</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2017 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der gemeinsamen Visumpolitik durch Norwegen festgestellten Mängel	12291/18		

<i>Empfehlung zur Schengen- Evaluierung – Außengrenzmanagement durch Norwegen</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2017 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich des Außengrenzenmanagements durch Norwegen festgestellten Mängel	12289/18
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Polizeiliche Zusammenarbeit Norwegen</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer EMPFEHLUNG zur Beseitigung der 2017 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit durch Norwegen festgestellten Mängel	12290/18
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Datenschutz Island</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2017 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich des Datenschutzes durch Island festgestellten Mängel	12288/18
<i>Empfehlung zur Schengen-Evaluierung – Rückführung/Rückkehr Spanien</i> Durchführungsbeschluss des Rates zur Festlegung einer Empfehlung zur Beseitigung der 2017 bei der Evaluierung der Anwendung des Schengen-Besitzstands im Bereich der Rückkehr/Rückführung durch Spanien festgestellten Mängel	12287/18
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Assoziationsrat EU-Georgien und im Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung "Handel"</i> Beschluss (EU) 2018/1303 des Rates vom 18. September 2018 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Assoziationsausschuss in der Zusammensetzung "Handel", der durch das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits eingerichtet wurde, zur Aktualisierung der Vorschriften des Anhangs III (Annäherung) über Normung, Akkreditierung, Konformitätsbewertung, technische Regulierung und Messwesen und zur Aktualisierung des Anhangs XVI (Öffentliches Beschaffungswesen) des Abkommens zu vertreten ist ABl. L 244 vom 28.9.2018, S. 81-106	10108/18

<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens EU- China im Zusammenhang mit dem WTO- Streitbeilegungsverfahren 492</i> Beschluss (EU) 2018/1252 des Rates vom 18. September 2018 über die Unterzeichnung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Union und der Volksrepublik China im Zusammenhang mit DS492 "Europäische Union – Maßnahmen mit Auswirkung auf Zollzugeständnisse für bestimmte Geflügelfleischprodukte" im Namen der Europäischen Union ABl. L 237 vom 20.9.2018, S. 2-2	10881/18
<i>Beschluss des Rates über die strategischen Prioritäten mit Tunesien 2018/2020</i> Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme der strategischen Prioritäten EU-Tunesien für den Zeitraum 2018-2020 zu vertretenden Standpunkt	11092/18
<i>Beschluss des Rates über die Verlängerung des Aktionsplans EU- Marokko 2013-2017</i> Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union in dem durch das Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits eingesetzten Assoziationsrat im Hinblick auf die Annahme einer Empfehlung zur Verlängerung des Aktionsplans EU-Marokko (2013-2017) zur Umsetzung des fortgeschrittenen Status einzunehmenden Standpunkt	10832/18
<i>Schlussfolgerungen zur Stärkung der Strategischen Partnerschaft VN-EU für Friedenseinsätze und Krisenbewältigung: Prioritäten 2019-2021</i> Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der Strategischen Partnerschaft VN-EU für Friedenseinsätze und Krisenbewältigung: Prioritäten 2019-2021	12264/18
<i>Mission EUCAP Sahel Niger – Verlängerung – Beschluss</i> Beschluss (GASP) 2018/1247 des Rates vom 18. September 2018 zur Änderung des Beschlusses 2012/392/GASP über die GSVP-Mission der Europäischen Union in Niger (EUCAP Sahel Niger) ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 7-8	11165/18

<i>EU-Maßnahmen zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der VN (UNVIM) in Jemen – Beschluss</i> Beschluss (GASP) 2018/1249 des Rates vom 18. September 2018 über eine Maßnahme der Europäischen Union zur Unterstützung des Verifikations- und Inspektionsmechanismus der Vereinten Nationen in Jemen ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 14-20	11398/18
Beschluss (GASP) 2018/1248 des Rates vom 18. September 2018 zur Ernennung des Sonderbeauftragten der Europäischen Union für den Nahost-Friedensprozess ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 9-13	11197/18
<i>Libyen: restriktive Maßnahmen – Umsetzung von VN-Maßnahmen – Durchführungsbeschluss und -verordnung</i> Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/1250 des Rates vom 18. September 2018 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 21-23	12081/18
<i>Libyen: restriktive Maßnahmen – Umsetzung von VN-Maßnahmen – Durchführungsbeschluss und -verordnung</i> Durchführungsverordnung (EU) 2018/1245 des Rates vom 18. September 2018 zur Durchführung des Artikels 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/44 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 235 vom 19.9.2018, S. 1-2	12084/18
<i>Beschlüsse des Rates zum Luftverkehrsabkommen mit Oman</i> Beschluss des Rates über die Ermächtigung der Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen über ein umfassendes Luftverkehrsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten und dem Sultanat Oman im Hinblick auf Angelegenheiten, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen	11258/18
<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens mit der ASECNA</i> Beschluss (EU) 2018/1603 des Rates vom 18. September 2018 über den Abschluss – im Namen der Europäischen Union – des Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Agentur für die Sicherheit des Flugverkehrs in Afrika und Madagaskar (ASECNA) über die Entwicklung der Satellitennavigation und die Erbringung der damit verbundenen Dienste für die Zivilluftfahrt im Zuständigkeitsgebiet der ASECNA ABl. L 268 vom 26.10.2018, S. 1-2	11351/17

<i>Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens mit der ASECNA</i> Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Agentur für die Sicherheit des Flugverkehrs in Afrika und Madagaskar (ASECNA) über die Entwicklung der Satellitennavigation und die Erbringung der damit verbundenen Dienste für die Zivilluftfahrt im Zuständigkeitsbereich der ASECNA ABl. L 268 vom 26.10.2018, S. 3-15	13661/16
<i>Beschluss des Rates über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika</i> Beschluss (EU) 2018/1578 des Rates vom 18. September 2018 über die Verlängerung des Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ABl. L 263 vom 22.10.2018, S. 1-2	8166/18
<i>Verordnung zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Geflügelfleisch</i> Verordnung (EU) 2018/1277 des Rates vom 18. September 2018 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Geflügelfleisch ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 1-3	11846/18
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer</i> Beschluss (EU) 2018/1257 des Rates vom 18. September 2018 über die Unterzeichnung des Übereinkommens zur Verhinderung der unregulierten Hochseefischerei im zentralen Nordpolarmeer im Namen der Europäischen Union ABl. L 238 vom 21.9.2018, S. 1-2	10780/18
<i>Beschluss des Rates – Schweiz – Verknüpfung der Emissionshandelssysteme – Standpunkt der EU im Gemischten Ausschuss</i> Beschluss (EU) 2018/1279 des Rates vom 18. September 2018 über den im Namen der Europäischen Union im durch das Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Verknüpfung ihrer jeweiligen Systeme für den Handel mit Treibhausgasemissionen eingesetzten Gemeinsamen Ausschuss im Hinblick auf die Annahme seiner Geschäftsordnung zu vertretenden Standpunkt ABl. L 239 vom 24.9.2018, S. 8-13	10971/18

Erklärung Deutschlands

Deutschland begrüßt die Änderungen in den Kompromisstexten des Vorsitzes. In Bezug auf die Änderung in Artikel 1 des "Entwurfs eines Beschlusses des Rates über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Hinblick auf die Geschäftsordnung des mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Verknüpfung ihrer jeweiligen Systeme für den Handel mit Treibhausgasemissionen eingerichteten Gemeinsamen Ausschusses zu vertreten ist" stellt Deutschland fest, dass die in den Sitzungen der Gruppe "Umwelt" ausgehandelten und im Kompromisstext des Vorsitzes wiedergegebenen Änderungen nicht als "geringfügige Änderungen" erachtet werden können.

Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU auf der Generalversammlung der OTIF (Bern, 25./26. September 2018)

Beschluss (EU) 2018/1296 des Rates vom 18. September 2018 zur Festlegung des Standpunkts, der im Namen der Europäischen Union auf der 13. Generalversammlung der Zwischenstaatlichen Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF) zu bestimmten Änderungen des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF) und seiner Anhänge zu vertreten ist
ABl. L 243 vom 27.9.2018, S. 11-18

11493/18

Schriftliches Verfahren vom 24. September 2018

RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER

RECHTSAKT

DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN

Durchführungsbeschluss (GASP) 2018/1289 des Rates vom 24. September 2018 zur Durchführung des Beschlusses (GASP) 2016/849 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea
ABl. L 240 vom 25.9.2018, S. 61-62

12316/18

Durchführungsverordnung (EU) 2018/1284 des Rates vom 24. September 2018 zur Durchführung der Verordnung (EU) 2017/1509 über restriktive Maßnahmen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea
ABl. L 240 vom 25.9.2018, S. 2-3

12319/18

3638. Tagung des Rates der Europäischen Union (Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt)) vom 27./28. September 2018 in Brüssel

GESETZGEBUNGSAKTE			
RECHTSAKT	DOKUMENT	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNIS
<i>Verordnung über das Europäische Solidaritätskorps</i> Verordnung (EU) 2018/1475 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 zur Festlegung des rechtlichen Rahmens des Europäischen Solidaritätskorps sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1288/2013 und der Verordnung (EU) Nr. 1293/2013 sowie des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU ABl. L 250 vom 4.10.2018, S. 1-20	47/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer PL: Enthaltung
<i>Verordnung über das zentrale digitale Zugangstor</i> Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors zu Informationen, Verfahren, Hilfs- und Problemlösungsdiensten und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 295 vom 21.11.2018, S. 1-38	41/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer BE: Enthaltung
Erklärung Belgiens Belgien befürwortet entschieden die Verbesserung elektronischer Behördendienste und unterstützt daher die Ziele des Vorschlags für ein zentrales digitales Zugangstor, um das Funktionieren des Binnenmarktes zu verbessern. Dennoch möchte Belgien einen Vorbehalt zu den sprachlichen Anforderungen des gegenwärtigen Vorschlags geltend machen, die nicht im Einklang mit den Grundprinzipien der für Verwaltungsangelegenheiten geltenden belgischen Sprachenregelung stehen. Die belgische Sprachenregelung ist verfassungsrechtlicher Natur und Ausdruck der grundlegenden Abmachungen und Vereinbarungen über die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltung, die Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der öffentlichen Verwaltung und das Funktionieren der föderalen Struktur Belgiens, die durch drei Amtssprachen und vier verschiedene Sprachräume gekennzeichnet ist. Belgien vertritt die Auffassung, dass die Autonomie der Mitgliedstaaten garantiert werden muss, wenn es darum geht, welche Sprachen im öffentlich-rechtlichen Raum verwendet werden.			

<i>Verordnung über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur</i> Verordnung (EU) 2018/1504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Oktober 2018 zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 256/2014 über die Mitteilung von Investitionsvorhaben für Energieinfrastruktur in der Europäischen Union an die Kommission ABl. L 258 vom 15.10.2018, S. 1-2	46/18	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
RECHTSAKTE OHNE GESETZESCHARAKTER			
RECHTSAKT		DOKUMENT/ERKLÄRUNGEN	
<i>Verordnung zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen</i> Verordnung (EU) 2018/1488 des Rates vom 28. September 2018 zur Gründung des Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen ABl. L 252 vom 8.10.2018, S. 1-34	10594/18		
<i>Beschluss des Rates zur Aufnahme von Verhandlungen über den Abschluss eines partnerschaftlichen Fischereiabkommens und dazugehörigen Protokolls mit der Republik Gambia</i> über die Ermächtigung zur Aufnahme von Verhandlungen – im Namen der Europäischen Union – über ein partnerschaftliches Abkommen über nachhaltige Fischerei und ein dazugehöriges Protokoll mit der Republik Gambia	11355/18		
<i>Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/120 hinsichtlich bestimmter Fangmöglichkeiten für Wolfsbarsch</i> Verordnung (EU) 2018/1308 des Rates vom 28. September 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/120 hinsichtlich bestimmter Fangmöglichkeiten für Wolfsbarsch ABl. L 244I vom 28.9.2018, S. 1-2	11852/18		

<i>Beschluss des Rates zum Standpunkt der EU bezüglich der internationalen Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) und auf Binnenwasserstraßen (ADN)</i> Beschluss (EU) 2018/1485 des Rates vom 28. September 2018 zur Festlegung des im Namen der Europäischen Union zu vertretenden Standpunkts zu den Änderungen der Anlagen des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) und der dem Europäischen Übereinkommen über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf Binnenwasserstraßen (ADN) beigefügten Verordnung ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 25-27	11722/18
<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im CETA-Ausschuss für Handel und nachhaltige Entwicklung</i> Beschluss des Rates über den im Namen der Europäischen Union im CETA-Ausschuss für Handel und nachhaltige Entwicklung, der mit dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits eingerichtet wurde, im Hinblick auf die Erstellung von Listen mit Personen, die willens sind, als Mitglieder der Sachverständigengruppen gemäß Kapitel 23 und Kapitel 24 des Abkommens zu fungieren, zu vertretenden Standpunkt	11539/18
<i>Durchführungsbeschluss des Rates über das Kooperationsabkommen Eurojust/Albanien</i> Durchführungsbeschluss über die Zustimmung zum Abschluss des Kooperationsabkommens zwischen Eurojust und Albanien durch Eurojust	8688/18
<i>Durchführungsbeschluss des Rates über Kontrollmaßnahmen für die neuen psychoaktiven Substanzen Cyclopropylfentanyl und Methoxyacetylfentanyl</i> Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1463 des Rates vom 28. September 2018 über Kontrollmaßnahmen für die neuen psychoaktiven Substanzen N-Phenyl-N-[1-(2-phenylethyl)piperidin-4-yl]cyclopropancarboxamid (Cyclopropylfentanyl) und 2-Methoxy-N-phenyl-N-[1-(2-phenylethyl)piperidin-4-yl]acetamid (Methoxyacetylfentanyl) ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 9-11	9420/18

<i>Beschluss des Rates über den im Namen der EU bei den VN im Zusammenhang mit der geplanten Annahme eines neuen Übereinkommens zur Erleichterung der Grenzübertrittsverfahren im internationalen Eisenbahnverkehr zu vertretenden Standpunkt</i> Beschluss (EU) 2018/1609 des Rates vom 28. September 2018 über den im Namen der Europäischen Union in der Arbeitsgruppe für verkehrsrelevante Zollfragen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) sowie im UNECE-Binnenverkehrsausschuss hinsichtlich der Annahme des Übereinkommens zur Erleichterung der Grenzübertrittsverfahren für Reisende, Gepäck und Frachtgepäck im internationalen Eisenbahnverkehr zu vertretenden Standpunkt ABl. L 268 vom 26.10.2018, S. 44-45	12051/18
<i>Beschluss des Rates über die Unterzeichnung der Statusvereinbarung mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (EJRM) über die Durchführung von Aktionen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in der EJRM</i> Beschluss (EU) 2018/1535 des Rates vom 28. September 2018 über die Unterzeichnung – im Namen der Union – der Statusvereinbarung zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die Durchführung von Aktionen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ABl. L 257 vom 15.10.2018, S. 23-25	12027/18
<i>eu-LISA-Verordnung: Beschluss des Rates zur Beteiligung des VK</i> Beschluss (EU) 2018/1600 des Rates vom 28. September 2018 zum Antrag des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland auf Anwendung einzelner Bestimmungen des Schengen-Besitzstands in Bezug auf die Agentur der Europäischen Union für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA) ABl. L 267 vom 25.10.2018, S. 3-5	12040/18

<i>Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Zoll-Unterausschuss EU-Ukraine</i> Beschluss (EU) 2018/1486 des Rates vom 28. September 2018 über den Standpunkt, der im Namen der Europäischen Union im Zoll-Unterausschuss, der gemäß dem Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Ukraine andererseits eingesetzt wurde, hinsichtlich der Ersetzung des Protokolls Nr. I dieses Abkommens über die Bestimmung des Begriffs "Erzeugnisse mit Ursprung in" oder "Ursprungserzeugnisse" und über die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen durch ein neues Protokoll, das hinsichtlich der Ursprungsregeln auf das Regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln Bezug nimmt, zu vertreten ist ABl. L 251 vom 5.10.2018, S. 28-32	11794/18
<i>Beschlusses des Rates über den in dem Kooperationsrat EU-Aserbaidshan im Hinblick auf die Partnerschaftsprioritäten EU-Aserbaidshan zu vertretenden Standpunkt</i> Beschluss (EU) 2018/1552 des Rates vom 28. September 2018 über den – im Namen der Europäischen Union – in dem durch das Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Aserbaidshan andererseits eingesetzten Kooperationsrat im Hinblick auf die Annahme der Partnerschaftsprioritäten EU-Aserbaidshan zu vertretenden Standpunkt ABl. L 260 vom 17.10.2018, S. 20-21	11431/18
<i>Beschluss des Rates über restriktive Maßnahmen gegen Libyen – Überprüfung der Unruhestifter</i> Beschluss (GASP) 2018/1465 des Rates vom 28. September 2018 zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2015/1333 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Libyen ABl. L 245 vom 1.10.2018, S. 16-16	12053/18